

## NEUE PERSPEKTIVEN IN DEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BONN UND PEKING (1)

Seit einigen Jahren wird der Bundesregierung - und zwar sowohl früher unter der CDU als auch jetzt unter der SPD und FDP - des öfteren von der Öffentlichkeit vorgeworfen, daß sie die Beziehungen zur VRCh vernachlässigt habe. Besonders nach Pekings Eintritt in die UNO, Nixons Besuch in China sowie einer Reihe von Anerkennungen Pekings durch zahlreiche Staaten ist die Kritik noch lauter geworden. Die Ratifizierung der Ostverträge, welche die bundesdeutschen Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen und zur DDR normalisiert, bringt die Frage der Beziehungen zwischen Bonn und Peking erneut aufs Tapet.

Es ist keineswegs richtig, daß Bonn allein die Verzögerung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking verschuldet hat, etwa über die Hallstein-Doktrin, welche ja eine Verbindung zwischen der BRD und der VRCh nur bis 1964 verhindert hat. Von 1964 bis 1969 schien es eher Peking gewesen zu sein, das an der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen kein Interesse hatte. Von 1969 an bis 1970 verhielten sich beide Seiten ziemlich zurückhaltend. Erst dann zeigte es sich, daß sowohl Bonn als auch Peking zu einer Annäherung bereit waren.

Bereits 1949, gleich nach ihrer Gründung, hatte die VRCh die diplomatischen Beziehungen zur DDR aufgenommen. Als Peking 1955 auf dem Weg über seine Presse aber auch über diplomatische Kanäle - dem Beispiel Moskaus folgend - eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch mit Bonn anstrebte, stieß es - ebenso wie die anderen Ostblockländer - auf die Hallstein-Doktrin. Ungeachtet des 1957 auf ein Jahr geschlossenen offiziellen Abkommens zwischen dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft und dem China-Komitee zur Förderung des internationalen Handels (2) blieben auch die Anstrengungen Pekings in Richtung auf offizielle Handelsbeziehungen mit Bonn ohne Erfolg. Außer den vom Alleinvertretungsanspruch ausgehenden Überlegungen mußte die Bundesregierung damals noch Rücksicht auf die amerikanische Chinapolitik nehmen. Mitte 1964 allerdings, als die Chinesen wieder Interesse an einer Aufnahme offizieller Handelsbeziehungen bekundeten, zeigte sich die Regierung der BRD wesentlich aufgeschlossener. Denn die Spaltung zwischen Peking und Moskau war inzwischen offenkundig geworden, und überdies hatte sich Ostberlin - damals wie auch später bei der ideologischen Polemik zwischen den beiden kommunistischen Riesen - eindeutig auf die Seite der Sowjetunion geschlagen.

Zwar war sich Bonn seiner begrenzten politischen Möglichkeiten in dieser Situation bewußt, hoffte damals jedoch, daß Peking - im Gegensatz zu Moskau - Westberlin ausdrücklich in ein Handelsabkommen mit der BRD einbeziehen und dadurch die Rechtslage der Stadt für die Bundesrepublik nach außen hin mit bekräftigen könne (3). In der Zeit von Mai bis November 1964 wurden insgesamt vier Gespräche zwischen den Vertretern Bonns und Pekings in Bern geführt (4).

Im ersten Gespräch am 23. Mai betonte die chinesische Seite ihre selbständige Politik und hinterließ bei den deutschen Gesprächspartnern den Eindruck, daß für Peking mindestens eine ähnliche Berlinklausel akzeptabel sei, wie sie im Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten bereits als Präzedenzformel vorlag. Im letzten Gespräch am 23. November jedoch lehnte der chinesische Vertreter eine Westberlin-Klausel - gleich welcher Art - total ab. So endete die erste, aber bislang auch letzte offizielle Fühlungnahme zwischen Bonn und Peking.

Zur Motivation der Schwenkung Pekings gibt es viele Mutmaßungen. Die deutsche Presse meinte, daß die Chinesen durch die Presseerklärung des damaligen Bundeskanzlers Erhard vom 13. Juni 1964 bei seinem Besuch in Washington verärgert worden seien, da er - ganz offensichtlich unter dem Druck der Amerikaner - von einem offiziellen Handelsvertrag mit Peking nichts wissen wollte. Nach Ernst Majonicas Buch "Bonn - Peking", das sich auf bisher noch nicht bekanntgegebene Akten der Ressortministerien Bonns stützt, hat aber Erhards Äußerung die Fortsetzung der deutsch-chinesischen Verhandlungen keineswegs beeinträchtigt. In der Tat haben anschließend noch drei weitere Unterredungen stattgefunden. Der chinesische Gesprächspartner, Botschaftsrat Ts'ui Chi-yüan, soll im dritten Gespräch am 3. Oktober gegenüber dem Vertreter Bonns, Legationsrat Hansen, sogar geäußert haben, daß Peking bereit sei, auf die Bundesrepublik Rücksicht zu nehmen, bis gewisse Schwierigkeiten (Anspielung auf das deutsch-amerikanische Verhältnis, so Majonica) überwunden seien (5). Ein viel wahrscheinlicherer Grund für den Abbruch der Gespräche, meint Majonica, sei der Sturz Chruschtschews am 24. Oktober 1964 gewesen, welcher gerade zwischen dem dritten (2. Oktober) und dem letzten Gespräch (23. November) erfolgte (6).

Majonicas Annahme scheint jedoch ebenfalls nicht ganz zutreffend zu sein, denn der Machtwechsel im Kreml hat nichts an der Spaltung

zwischen Peking und Moskau geändert, und die DDR bleibt in der ideologischen Polemik nach wie vor auf der Seite Moskaus. Es zeigte sich vielmehr, daß Peking letzten Endes doch nicht die Berlin-Klausel der Bundesrepublik akzeptieren wollte, weil es damals befürchten mußte, durch eine Annahme des Status quo von Westberlin über den Kopf der DDR hinweg einen Präzedenzfall für seinen eigenen Anspruch auf Taiwan zu schaffen. Wie Majonica in seinem Buch mitteilt, hat der chinesische Vertreter Ts'ui zu Beginn des letzten Gespräches dem deutschen Legationsrat Hansen gegenüber einen Protest des Inhalts vorgebracht, daß der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß in Taipei auch einen Austausch von Handelsmissionen zwischen der BRD und Formosa gefordert habe. Damit verdächtigte die chinesische Seite Bonn, gemeinsam mit den USA "zwei Chinas" schaffen zu wollen. Im Anschluß an diesen Protest lehnte sie die von Bonn gewünschte Westberlin-Klausel kategorisch ab, selbst in der für die osteuropäischen Länder geltenden Form, wonach Westberlin als "Währungsgebiet DM West" galt. Majonica meint, daß die Taiwan-Frage nur der Ausgangspunkt, die Berlin-Frage dagegen das Kernproblem in Ts'uis Rede gewesen sei (7). Vom chinesischen Standpunkt aus freilich dürfte umgekehrt gerade die Taiwan-Angelegenheit das Kernmotiv gebildet haben.

Die Verhärtung des Anspruchs auf Taiwan läßt sich aus der erfolgreichen Explosion der ersten Atombombe Chinas am 16. Oktober 1964 erklären, die zwei Tage nach Chruschtschews Sturz und eine Woche vor dem letzten Gespräch zwischen Bonn und Peking stattfand. Seither ist Peking in der Taiwan-Frage selbstbewußter denn je. Ein Beispiel dafür ist, daß Peking den Franzosen bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Anfang 1964 keine Vorbedingung des Inhalts stellte, daß die Beziehungen zwischen Paris und Taipei vorher abgebrochen werden müßten. Für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kanada und der VRCh im Oktober 1970 andererseits haben die Verhandlungen mehr als zwei Jahre gedauert. Schließlich mußten die Kanadier, wie später auch andere Staaten, nicht nur die Beziehungen zu Taipei vorher abbrechen, sondern auch Pekings Alleinvertretungsanspruch für das ganze China anerkennen und überdies den volksrepublikanischen Rechtsanspruch auf Taiwan zur Kenntnis nehmen. Aus derselben selbstbewußten Haltung heraus hat Peking auch auf die Äußerung Brandts, des damaligen Außenministers der Großen Koalition, zur Verbesserung der deutsch-chinesischen Beziehungen im Dezember 1968 nicht reagiert, obwohl sich gerade damals die Spannungen zwischen Peking und Moskau auf ihrem Höhepunkt befanden. Dagegen wollte

sich Peking überall in der Weltpolitik als Anwalt der Interessen der DDR zeigen. Anlässlich der Unterzeichnung des Gewaltverzichtsvertrages zwischen Bonn und Moskau und des Berlin-Abkommens der vier Mächte bezichtigte Peking Moskau des "Verrats an der Souveränität der DDR", wobei es die Westberlin-Frage besonders hervorhob (8).

Bei all diesen Stellungnahmen zu den Ostverträgen fällt aber auf, daß die innerdeutschen Verhandlungen darin keine Erwähnung finden (9); denn prinzipiell betrachtet Peking die Berlin-Frage als innerdeutsche Angelegenheit - ebenso wie ja auch das Taiwan-Problem eine innerchinesische Sache sei - und verbittet sich alle Beeinflussungsversuche von außen her (10). Infolgedessen stellt sich Peking zwar gegen die Ostverträge mit Moskau, doch schweigt es zur Frage der innerdeutschen Berlin-Regelungen, weil ja gerade solche Arrangements den Chinesen helfen könnten, ihre Bedenken auf eine eventuelle Präzedenzwirkung der Berlin-Frage auf die Taiwan-Frage zu beseitigen. Als deshalb die Berlin-Regelung kurz vor ihrem Abschluß stand, sagte der chinesische Botschafter in Wien, Wang Yueh-yi, kurz nach seinem Amtsantritt im September letzten Jahres, eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking innerhalb von zwei Jahren voraus. Seit Anfang dieses Jahres hat Peking noch mehrere Signale für die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen mit Bonn gegeben, z.B. in Form der Teilnahme chinesischer Aussteller an der Grünen Woche in Berlin sowie in Form der Einladung an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Gerhard Schröder (11). Vor allen Dingen hat Peking die Ratifizierung der Ostverträge nicht wie die Unterzeichnung kritisiert (12). Auch war China nicht - wie die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten - wegen der Nichteinladung der DDR der Stockholmer Umweltkonferenz ferngeblieben.

Was die Bundesrepublik anbelangt, so hat die Regierung Brandt im Zuge ihrer Ostpolitik bislang die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen als vorrangig behandelt. Seit der Ratifizierung der Ostverträge scheint sie jedoch auch bereit zu sein, die Beziehungen zwischen Bonn und Peking zu normalisieren. Am 21. Februar, als Nixon noch in Peking war und die Ratifizierungsdebatte im Bundestag bevorstand, hat die Bundesregierung durch Staatssekretär Ahlers unverzüglich auf eine Initiative der Opposition hin geantwortet, daß sie daran interessiert sei, die Beziehungen zu Peking zu gegebener Zeit zu normalisieren (13). Da Gerhard Schröder vor seiner Reise am 13. Juli nach China Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel über das Verhältnis zwischen Bonn und

Peking konsultiert hat, dient er gewiß als Vorhut Bonns auf dem Wege zu einer Verbesserung der Beziehungen mit der VRCh (14). ni

1) Zu diesem Thema vgl. Uwe G. Fabritzek "Deutschland in der Außenpolitik Chinas" in: Außenpolitik 1/72, S.30-39; Bernhard Großmann "Peking - Bonn: Substantial Non-Relations" in: Pacific Community, Vol. 2, No.1 (Okt.1970), S.224-236, erschienen auch als Sonderdruck Nr.21 vom Institut für Asienkunde in Hamburg; Ernst Majonica, "Bonn - Peking. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Volksrepublik China", Stuttgart 1971

2) Zum Text des Abkommens s. "Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil 3: Die nichtkommunistischen Länder Europas und die Länder Amerikas", Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Band XII/3, S.4-9

3) Ernst Majonica, Bonn - Peking, a.a.O., S.94

4) Zu einer ausführlichen Darstellung der Gespräche von Ernst Majonica, ebda. S.94 ff.

5) Ebenda, S.110

6) Ebenda, S. 113; die gleiche Meinung vertritt Uwe G. Fabritzek, "Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt" in: Internationales Asien Forum, Juli 1971, S.332

7) Ernst Majonica, Bonn - Peking, S. 110 f.

8) Siehe JMJP 22.12.1969 u.13.9.1970 und Hsinhua 10.9.1971

9) Dazu vgl. Uwe G. Fabritzek "Deutschland in der Außenpolitik Chinas" a.a.O., S.36

10) Siehe JMJP 13.1.1959

11) Vgl. dazu dpa-Meldung 18.5.72

12) Vgl. dazu Hsinhua 6.6.72

13) Siehe NZZ 23.2.72

14) Vgl. Harry Hamm "Frage diplomatischer Beziehungen zu China im Vordergrund", FAZ 1.6.72